



Kostenlos

# Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz


Gegenwind 222

Wilhelmshaven

November 2006

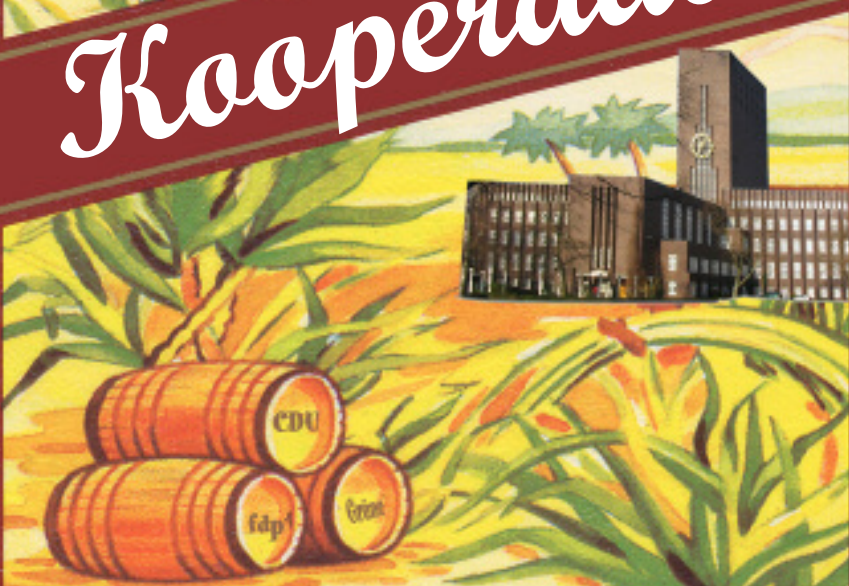
## Neue Farben im Rathaus Was ändert sich?

100% FINE JAMAICAN RUM  
WORLD FAMOUS



**BIEHL'S RECH'S  
VON TEICHMAN'S**

*Kooperation*



WILHELMSHAVEN STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN.  
DURCH FORTSCHRITTLICHES DENKEN EIN BESSERES  
WILHELMSHAVEN ERREICHEN.

5 Years      ERFOLG BEGINNT MIT ZUSAMMENARBEIT!      22 Voic.

## Reggae

Müssen sich die Empfänger von Arbeitslosengeld II eigentlich alles gefallen lassen? Die Antwort auf Seite 2 lautet eindeutig Nein! So muss z.B. auch der Prüfdienst des Job-Centers bestehendes Recht beachten.

Auch die Frage, ob Arbeitslose mehr kriminelle Energie als andere Bürger haben, wurde auf einer Ali-Versammlung mit Nein beantwortet. Wir berichten auf Seite 2.

Schon bevor die neu gewählten RatsvertreterInnen zur ersten gemeinsamen Ratssitzung zusammentrafen, gab es viel Unsachlichkeit und Hahnenkämpfe. Auf Seite 3 heißt es dann auch in Anlehnung an ein Lied des jungen Franz-Josef Degenhardt: Spiel nicht mit den Schmuttelkindern...

Neu im Rat der Stadt ist Johann Jansen für die Linke Alternative Wilhelmshaven. Wir fragten ihn nach seinen Eindrücken von der ersten Ratssitzung. Seite 5: Theaterdonner.

Sechseinhalb Stunden dauerte die konstituierende Sitzung des neu gewählten Stadtparlaments. Auch unsere Gegenwind-Mitarbeiterin hatte Sitzfleisch und berichtet auf Seite 6 über die Marathon-Sitzung: Ratssplitter.

Wohin driften die Linken? Wir versuchen in einem Gespräch mit dem WASG-Mitglied Werner Dalichow, das herauszufinden. Auf Seite 8 erfahren Sie, was links los ist.

Die Rechten sind auch diesmal wieder im Stadtrat vertreten. "Demokratie schützen - Null Toleranz für Nazis" war das Motto einer von den Wilhelmshavener Jusos durchgeführten Demonstration vor der Ratssitzung am 1. November. Wir berichten auf Seite 9.

In unserer Rubrik "Hartz IV und Recht" geht es diesmal um die leidige Frage nach den Kosten der Unterkunft. Unser Tipp auf Seite 10: Lassen Sie sich von der Ali beraten!

Es gibt viele Bereiche der Stadt Wilhelmshaven, die einfach Sch... aussehen, Bereiche, wo unbedingt etwas geschehen muss. Das Gebiet Jadestraße / Wiesbadenbrücke / Am Süstrand gehört dazu. Aber warum will man denn immerzu Hotels bauen? Ein Lob für unseren Oberbürgermeister gibt es dazu auf Seite 11.

# meldungen

## Niemanden reinlassen

- auch nicht den Prüfdienst des Job-Centers! Das hat Werner Ahrens vermutlich gemeint, als er bei der letzten ALI-Versammlung dem Referenten von der Polizei schmunzelnd zustimmte. So ist auch die Tendenz eines Merkblattes, das man bei der ALI bekommen kann. Darin wird darauf hingewiesen, dass die Unverletzlichkeit der Wohnung ein Verfassungsgrundsatz ist. "Auch die Polizei braucht einen richterlichen Durchsuchungsbefehl, bevor die Ihre Wohnung durchstöbert", heißt es im Merkblatt, und: "Grundsätzlich ist zu sagen, dass ein Hausbesuch begründet sein muss. Zum einen darf er nur stattfinden, wenn ernsthafte Zweifel an den für die Zahlung einer Sozialleistung gemachten Angaben bestehen, also ein begründeter Verdacht. (...) Zum anderen muss der Hausbesuch geeignet sein, die Zweifel an den Angaben durch eine Augenscheinnahme der tatsächlichen Situation aufzuklären." Und: "Der Hausbesuch muss bei der Aufklärung bzw. Beseitigung der Zweifel als letztes Mittel eingesetzt werden."

Dies ist der Tenor einiger Gerichtsbeschlüsse, u.a. eines Beschlusses des Hessischen Landessozialgerichts vom 30.01.2006 (AZ: L 7 AS 1/06 ER). So dreist wie die in diesem Verfahren beklagte ARGE, die der Antragstellerin gegenüber behauptet hatte, das Hartz IV-Gesetz sehe grundsätzlich Hausbesuche vor, ist das Job-Center Wilhelmshaven nach unseren Erkenntnissen allerdings nicht. So sind hier auch wohl keine willkürlichen Hausbesuche zu erwarten, zumal der Prüfdienst des Job-Centers Wilhelmshaven personell nicht gut genug ausgestattet ist, um jeden Alg II-Empfänger zu Hause aufzusuchen.

Hausbesuche, um zu überprüfen, ob ein Leistungsempfänger in "eheähnlicher Gemeinschaft" lebt, sind nach neuerer Gesetzeslage nicht notwendig. "Das Amt kann eine eheähnliche Gemeinschaft per Gesetz 'vermuten' und die Betroffenen müssen diese Unterstellung widerlegen", so führt das genannte Merkblatt aus. Dazu muss man nicht auseinanderrufen. "Vielmehr liegt eine eheähnliche Gemeinschaft - bei verfassungskonformer Auslegung der Vorschrift - nur vor, wenn zwischen den Partnern so enge Bindungen bestehen, dass von ihnen ein gegenseitiges Einstehen in den Not- und Wechselfällen des Lebens erwartet werden kann." Dass zwei Menschen "in einer gemeinsamen Wohnung wohnen und in einem gemeinsamen Bett schlafen, rechtfertigt allein noch nicht die Annahme, dass ein gegenseitiges Einstehen ... erwartet werden kann", so heißt es z.B. in einem Beschluss des Sozialgerichts Düsseldorf (AZ: S 35 SO 28/05 ER). Und in einem anderen Beschluss desselben Gerichts steht: "Ob dies (das gegenseitige Einstehen, d. Verf.) tatsächlich gegeben ist, lässt sich sehr viel einfacher ermitteln (gemeinsames Konto etc.) ..." (AZ: S 35 AS 107/05 ER) (noa)

## Kein Zusammenhang

lässt sich herstellen zwischen Hartz IV und der Kriminalitätsentwicklung. Das stellte Egon Idel, Leiter des Präventionsteams der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland/Wittmund, auf der ALI-Versammlung am 10. Oktober fest, um gleich hinzuzufügen, dass es ihn auch wundern würde. "Wer von Ihnen hätte die Traute, kriminell zu werden, nur weil es Ihnen finanziell schlecht geht?", fragte er (rhetorisch) die Versammelten - und Günther Kraemmer stellte anhand der Statistik fest: "Arbeitslose sind nicht schlechter als andere Menschen - sie sind nur schlechter dran."

Idel zeigte einige Schaubilder zur Entwicklung der Straftaten von 2000 bis 2005, aus denen hervorging, dass in Wilhelmshaven in jedem dieser Jahre etwas über 9.000 Straftaten begangen worden sind, am meisten 2003. Da sich wirklich kein Zusammenhang zwischen dem Inkrafttreten von Hartz IV zum 1. Januar 2005 und der Kriminalitätsentwicklung ausmachen ließ - hat denn irgendjemand irgendetwas dergleichen behauptet? - wandte Idel sich einem interessanteren Thema zu: Wie können Langzeitarbeitslose vermeiden, Opfer von Straftaten zu werden?

Aufgrund ihrer verzweiferten finanziellen Lage könnten Alg II-EmpfängerInnen nach jedem Strohalm greifen, und insofern sind sie mit Sicherheit anvisierte Opfer von allerhand Betrugern. Idel warnte: Heimarbeit und sonstige Nebenverdienstmöglichkeiten, in Zeitungsannoncen angeboten, sind seltenst seriös. Früher waren es die Strickmaschine und bergeweise Garn, die vorab zu beziehen und zu bezahlen waren, und oft wurden die gestrickten Teile dann nicht abgenommen, weil sie angeblich fehlerhaft waren. Wann immer bei Nebenverdienstmöglichkeiten irgendwelches Material zunächst gekauft und bezahlt werden muss, sollte man sich auf keinen Fall darauf einlassen. Auch Kreditvermittlungsbetrug ist eine Gefahr für Menschen, die mit dem geringen Hartz IV-Regelsatz auskommen müssen. Allzu verführerisch sind Versprechungen, dass ohne Schufa-Auskunft und ohne jede Sicherheit Geld zur Verfügung gestellt wird - ein solcher Kredit wird jedoch immer teurer als ein Bankkredit. Und Haustürgeschäfte: Keinesfalls sollte man jemanden, der an der Wohnungstür klingelt, in die Wohnung lassen - hier stimmte Werner Ahrens schmunzelnd zu, auch wenn er jemand anderen als einen unseriösen Vertreter meinte: "Niemanden reinlassen, das war ein super Tipp!" (noa)

## Neptuns Wille

Seit Pfingsten 2005 stand am Geniusstrand die Skulptur "Neptuns Rache": Mehrere Meter hoch ragten Unterarm und Faust des Meeresgottes aus dem Sand, auf dem Dreizack ein Container aufgespießt - auch Neptun will nicht, dass der JadeWeserPort einen Teil seines Reiches zerstört. Das Mahnmal überstand unbeschadet die Winterstürme des letzten Jahres.

Die Jahrhundertsturmflut in der Nacht zum 1. November 2006 zerstörte Gebäude und warf ganze Schiffe an Land - ihr hielt auch das Holzfundament der Skulptur nicht stand, sie war verschwunden. Doch als ein Mitglied der Bürgerinitiative gegen den JWP am Morgen nach dem Sturm am Strand entlangging, machte es glück! - und Neptun warf ihm die unversehrte Skulptur vor die Füße. Sie überwintert nun in einem Voslapper Garten. (iz)

## Sterntaler

*Es gibt eine Stadt, die verschenkte ihr letztes Hemd, um Großindustrie am seeschifftiefen Wasser anzusiedeln. Mit kindlichem Vertrauen legte sie ihr finanzielles Schicksal in die Hände von multinationalen Konzernen. Doch die Hoffnung auf Gesundung der städtischen Haushaltsmittel trog: Die Multis zahlten ihre Beiträge lieber in Billigsteuerland!*

*Doch jetzt wird alles gut, denn ein Multi will Sterne vom Himmel regnen lassen, die als 40 Mio. Euro in die weit geöffnete Stadtkasse fallen sollen!*

*Wie das? Haben sich die Shareholder plötzlich von Wölfen in Schafe verwandelt? Will da etwa ein Global-Player mit den Regeln des ökonomischen Prinzips brechen, nach denen mit geringstmöglichem Aufwand der höchstmögliche Profit erwirtschaftet werden muss?*

*Bricht da der erste Sonnenstrahl des goldenen Zeitalters durch, in dem Schaf und Wolf friedlich beieinander leben?*

*Oder ist es nur ein Deal zwischen öffentlicher Hand und einem Multi, bei dem letzterer einen guten Schnitt macht? Immerhin planen Multis in unserer Stadt riesige Bauvorhaben, die in der Regel zu einem beträchtlichen Teil von der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Ein Teil der öffentlichen Zuschüsse ist Verhandlungssache. Und übersteigen sie die Steuergaben, dann hat sich das Geschäft für den Multi gelohnt. (jm)*



## MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mahnstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

**Herausgeber:** GEGENWIND-Verein  
**Postanschrift:** GEGENWIND, Adolphstr. 21  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421 / 99 49 90  
Fax: 0180-5060 3441 9546  
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;  
Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)  
jeweils zum Monatsbeginn  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 08.11.2006

**Gegenwind im Internet:**  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

\*\*\*\*\*  
*Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.*  
\*\*\*\*\*

# Mütter Zentrum

Werftstr. 45  
Tel. 506 106

## Hartz IV Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Wilhelmshavener Familienhilfe

Die  
**Arbeitslosen-  
initiative**  
informiert  
über noch  
offene Fragen

Mittwoch, den  
8. November 2006  
von  
10.00 bis 12.00 Uhr  
im Cafe MüZe

Herzliche Einladung  
an alle Interessierte  
und Betroffene!

Öffnungszeiten  
**Café MüZe:**  
Montag - Freitag  
9.30 - 12.30 Uhr

# Spiel nicht mit den Schmuddelkindern ...

## Wie die Etablierten den Wahlschock "bewältigen" – eine Analyse

(iz) Es war nicht überraschend, dass die Karten bei der Kommunalwahl 2006 ganz neu gemischt wurden. Die sogenannten etablierten Parteien und ihre Fähnleinträger hat das bunte Ergebnis jedoch komplett erschüttert. Anders lässt es sich nicht erklären, warum über Wochen so unerträglich Unsachliches dazu abgesondert wurde. Die bisherige Opposition wählte mit dem höflichen Ton zwar die bessere Taktik, doch wollen wir hier für keine Seite Partei nehmen. Im verzweifelten Kampf um Machtansprüche scheute sich keiner, neu gewählte Ratsvertreter von vornherein öffentlich zu diskriminieren.

Die SPD hat ihre bequeme Mehrheit verloren. Noch ehe sie das annähernd verdauen konnte, zeichnete sich die Bildung eines "Jamaica"-Bündnisses zwischen CDU, FDP und Grünen ab. Anfang Oktober meinte der Oberbürgermeister, sich öffentlich in die Verhandlungen zwischen zukünftigen Mehrheitsträgern einmischen zu müssen (zitiert aus WZ v. 3.10.2006): Die Stadt, so Menzel, braucht eine "stabile verlässliche Mehrheit" und keine "Destruktions-Minderheit". Mit 22 Stimmen wäre Jamaica zwar deutlich stärker als die SPD (17), es fehlt jedoch eine Stimme zur absoluten Mehrheit im 45-köpfigen Rat. Menzel hätte gern ein rotschwarzes Bündnis; alles andere wäre für ihn etwas Zerstörerisches.

Zur Begründung führt Menzel "eine Reihe schwieriger Entscheidungen" an, vor der die Stadt steht. Das tut sie aber immer, zumindest sollte sie jede Entscheidung ernst nehmen; und das gilt auch für andere Kommunen.

### Darf der das?

Man war geteilter Meinung, ob der OB sich derart einmischen darf. Er selbst beruft sich auf sein politisches Mandat – auf der anderen Seite ist er aber Verwaltungschef, der jegliche demokratisch legitimierte Mehrheit akzeptieren und unterstützen muss, so die GRÜNEN. Appellieren darf der OB, widerspricht WZ-Kollege Gerd Abeltdt (5.10.) – sofern man die Stellungnahme unter "Information der BürgerInnen über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde" nach der Nds. Gemeindeordnung (NGO) subsummiert. Taktisch klüger und wirkungsvoller als "öffentliche Ratschläge" wäre jedoch ein "leiser Appell" gewesen. Zumindest habe Menzel Mut bewiesen: "Schließlich wird er als Verwaltungschef die nächsten fünf Jahre mit dem Rat (und seinen Beschlüssen) leben müssen – ob ihm die Gruppenbildungen nun passen oder nicht."

### Er darf - aber nicht alles!

Was er keinesfalls darf: Neu in den Rat gewählte Parteien und deren Vertreter ohne sachliche Begründung ins Abseits stellen. Menzel äußert "die Sorge, (...) dass ohne stabile Mehrheiten die politischen Kräfte vom äußersten linken und rechten politischen Rand ausschlaggebend werden. Daran kann uns (?) nicht gelegen sein." Was die NPD angeht, keine Frage: Da gibt es genug politisch-historische Gründe, deren Vertreter außen vor zu halten. In diesem Sinne haben die Wilhelmshavener Jusos auch zu einer überparteilichen Demonstration vor der konstituierenden Ratssitzung aufgerufen unter dem Motto "Demokratie schützen – Null Toleranz für Nazis".

Aber was meint Menzel nur mit dem "äußersten linken Rand?" Neu im Rat ist die LAW (linke alternative wilhelmshaven) mit zwei Vertretern. Hat Menzel deren Wahlprogramm je gelesen? Diese friedensorientierte Wählerinnengemeinschaft mit den menschenverachtenden Prinzipien der NPD in einen Topf zu werfen, ist absolut daneben. Auch Jamaica nennt, gleichfalls ohne sachliche Begründung, die LAW in einem Atemzug mit der NPD als jene, mit denen man nicht sprechen werde.

### Zünglein an der Waage?

Tatsächlich wäre es unangenehm, wenn ausgerechnet der NPD-Mann der Jamaica-Gruppe zur Mehrheit verhelfen würde. Wem ernsthaft daran gelegen ist, das zu verhindern, der legt den Trotzkopf zur Seite und sucht das Gespräch auch mit der LAW.

Aber Hand aufs Herz: Bei welchen "schwierigen Entscheidungen" wäre eine deutliche Mehrheit denn ernsthaft gefährdet? Gemeint sind im Wesentlichen Beschlüsse zum JadeWeserPort, zur Industrieansiedlung u. ä. Da waren sich die "großen" Parteien bislang immer einig und, so Kämmerer Heiko Hoff, auch bei den Haushaltsberatungen haben "die großen Fraktionen immer an einem Strand gezogen" (WZ 20.4.2006).

Was die Förderung von Transparenz und Bürgernähe im Rats- und Verwaltungshandeln betrifft, standen sich FDP und BASU immer recht nahe. So manches, was am Widerstand der SPD scheiterte, steht nun ganz oben auf der "Jamaica"-Agenda – und wird nicht nur von der BASU, sondern im Einzelfall auch von der LAW unterstützt.

### Zweierlei Maß

"Sorgen bereiten dem OB aber auch FDP und Grüne" (WZ ebd.). Die Grünen hatten sich dafür ausgesprochen, die städtischen Altenheime aus dem Verbund mit dem Reinhard-Nieter-Krankenhaus (RNK) zu lösen. "Für Menzel 'bedenklich', zumal in der neuen Grünen-Fraktion die Ehefrau des Betreibers eines privaten Altersheimes sitzt." Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe: Wenn Bauunternehmer Bernhard Rech (CDU) im Bauausschuss sitzt oder Wilfrid Adam (SPD), Geschäftsführer der Hafengebiete, sich zu maritimen Fragen äußert, so wird das unter "Fachkompetenz" im Rat eingestuft. Wenn jedoch eine GRÜNE Altenpflegerin (denn Ratsfrau Astrid Mohr hat nicht nur einen Ehemann, sondern auch selbst einen Beruf) sich fachlich einbringt, ist das "bedenklich"? Das einzig Bedenkliche ist, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird – ganz so, wie es ins politische Kalkül passt. ➤

**Fortsetzung: Schmuttelkinder**

„Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen“, riet Marianne Fröhling noch als grüne Bürgermeisterin (5.10.) dem OB.

Jedes Ratsmitglied hat einen Beruf oder hat ihn mal ausgeübt, und jede/r wird bei entsprechenden Diskussionen mal seine/ihre fachliche Sicht dazu äußern. Steht dann die Entscheidung an, lässt sich das Problem der möglichen Befangenheit ganz einfach lösen: Das Ratsmitglied rückt seinen Stuhl nach hinten und stimmt nicht mit. Das muss dann aber für alle gelten.

**Alles „alte Hüte“?**

Rechtzeitig vor der konstituierenden Ratsitzung legte „Jamaica“ ein gemeinsames Grundsatzpapier vor, das alle politischen Themen abdeckt. „Alles alte Hüte“, winkte SPD-Sprecher Siegfried Neumann ab, die Themen seien alle im Programm der SPD zu finden (WZ 28.10.2006) bzw. teilweise daraus „abgeschrieben“. Na und, wenn dem wirklich so ist? Erstens hat Jamaica nie behauptet, das Rad neu erfunden zu haben. Es ist selbstverständlich und sinnvoll, vorab die Eckpunkte der Zusammenarbeit schriftlich zu fixieren – statt sich erst im Alltagsbetrieb über Details zu zerfleischen und damit eine effiziente Ratsarbeit zu blockieren – genau diese Auswirkung eines „bunten“ Rates hatte die SPD im Vorfeld befürchtet. Und wenn, zweitens, die SPD all dem so zustimmt, sind die Mehrheiten doch gesichert, und alle Bedenkenträger könnten glücklich sein.

Immerhin, eines räumt Neumann ein: Der Schwerpunkt Umwelt im Jamaica-Papier stelle für die SPD etwas Neues dar. Aber sie ist ja lernfähig und kündigte eine „Studie zur Nutzung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern an.“

**Gegen die Wand**

Jamaica hat der SPD im Vorfeld den Ratsvorsitz und den Vorsitz im Bauausschuss angeboten. Für Neumann eine Selbstverständlichkeit: „In allen Parlamenten ist es üblich, dass die stärkste Fraktion auch die Position des Parlamentspräsidenten ... übernimmt.“ Üblich, möglicherweise – ein Anrecht darauf lässt sich allerdings aus der Nds. Gemeindeordnung (NGO, § 43, Ratsvorsitz) nicht ableiten. Die Vorsitze in den Ausschüssen (§51 NGO) können sich die Fraktionen in der Reihenfolge der Höchstzahlen „greifen“, da hat die SPD natürlich die Nase vorn.

NGO hin, Höchstzahlen her (wie Max Schmid gesagt hätte): Man könnte das Angebot von Jamaica an die SPD als freundlichen Annäherungsversuch begreifen. Wenn man nur will. Das Ergebnis und mögliche Folgen fasst WZ-Chefredakteur Klaas Hartmann recht zutreffend zusammen (WZ 28.10.2006): „Die Reaktionen der SPD .... sehen nicht nach dem Beginn einer großen Freundschaft aus ... Wenn CDU, FDP und Grüne das Gefühl haben, von vornherein bei der SPD vor die Wand zu laufen, könnten sich auch die Kooperationspartner künftig bockig geben.“ Und so kam es auch – s. „Ratssplitter“.

**... und die (Nicht-)WählerInnen?**

Auffallend ist, dass sich unsere Politik kaum mit der katastrophal geringen Wahlbeteiligung befasst hat. Die CDU Bant zeigte sich zwar „enttäuscht“ (Presseinformation vom 18.10.2006), die Ursachenforschung

blieb jedoch an der Oberfläche (keine OB-Wahl, veränderte Wahllokale, Bundespolitik). Die WählerInnen ließen sich aber so schnell nicht wieder aus dem Alltag ausblenden, wie zahlreiche LeserInnenbriefe belegen. „Wo bleibt die Wahlbeteiligungs-Diskussion? ... Die ... Kommunalpolitiker ... scheinen nicht wahrhaben zu wollen, wie es um ihre de facto-Legitimation bestellt ist.“ Ein anderer fragt sich, weshalb sich Wilfrid Adam vom Wahlergebnis bestätigt fühlt, nachdem er gegenüber 2001 fast 50% an Stimmen verloren hat: „Der Wähler fühlt sich bei solchen Aussagen verschaukelt und zweifelt an der Glaubwürdigkeit der Politiker ...“ Einer beschäftigt sich mit der Gefahr von rechtsaußen – und sieht als Lösung nur einen Schulterschluss ALLER anderen Fraktionen, inklusive der BASU und der Linken. Ein anderer entlarvt die Ankündigungen der SPD selbst als alte Hüte: „Sparen durch Schaffen von Arbeitsplätzen. Genial einfach, einfach genial und völlig neu“, vermerkt er ironisch. Und fragt, warum „die sozialdemokratischen Ankündigungsweltmeister zur Abwechslung nicht einfach mal den Mund halten?“ Einer zu Jamaica und der SPD: „Nun bietet sich eine kleine zweite Chance für die Bürger, und sofort jammert die selbstgefällige SPD mit ihren Seilschaften allüberall.“ Ein Bürger hatte seine Ratsvertreter vor der Wahl auf verschiedene Probleme angesprochen, die jene zu ihrer „persönlichen Herzensangelegenheit“ machen wollten, sich aber nie wieder meldeten. „Für eine Neuauflage des damaligen Bestsellers vom ‚Dreckigen Sumpf‘ würde es reichen“, urteilt

einer über Rats- und Verwaltungshandeln. Ein weiterer stellt den Begriff „Lebensqualität“ in den Mittelpunkt – Natur, Umwelt, Erholungsmöglichkeiten, die weiterhin zerstört werden. Ein anderer schließlich sieht, dass am Bürgerwillen vorbeigeplant wird – neue Pflastersteine statt Erhalt von Schulen. Usw.

**Wer regiert die Stadt?**

In einem Kommentar vom 21.10. führt Klaas Hartmann „Entscheider in beteiligten Konzernen“ ins Feld, die „politisches Chaos“ in Wilhelmshaven befürchten, sowie Zweifel aus „Bremen und Hamburg“ (von wem?), dass die Stadt die Bedeutung von Wirtschaftsjahren wirklich ermessen kann. Den Rat ist aber zunächst den BürgerInnen verpflichtet und nicht Konzernen.

**Kühle Köpfe**

Bemerkenswert: Die LAW ließ sich nicht dazu hinreißen, so hektisch und polemisch auf die Ausgrenzungsversuche zu reagieren, wie diese vorgebracht wurden. Erst anlässlich einer Presseinformation (WZ 28.10.2006) zu den Vorstandswahlen Ende Oktober ging sie kurz und prägnant darauf ein: Sie hofft, dass es nicht bei den Versuchen bleibt, sie „in die Schmuttelkinderecke zu stellen“, und sie stattdessen im „Kampf gegen Rechts“ von den anderen Parteien unterstützt wird: „Brecht-Stücke im Theater bekatschen und Böll zitieren, aber im wirklichen Leben mit Linken nicht sprechen zu wollen, das ist ein Amtszeugnis ...“ Dem ist nichts hinzuzufügen. □

**kommentar****Déjà-vu  
und Stachel im  
Fleisch**

*Am Ende unserer Analyse des Nach-Wahl-Theaters bleibt die Frage, warum die „Etablierten“ ohne konkreten Anlass derart unappetitlich gegen die LAW zu Felde ziehen. Vor zehn Jahren zog die SPD schon einmal den Kürzeren gegen eine „Chaotenkoalition“ aus CDU, Grünen und UWB. Damals drohten gleich zwei Republikaner im Rat zu unerwünschten Steigbügelhaltern zu werden. Etwa zur Halbzeit der Legislaturperiode bekamen die Sozialdemokraten durch den grünen Seitenwechsel wieder Oberwasser. 2001 gelang dann, erstmals nach Auflösung der Frauenliste, einer neuen Wählergemeinschaft der Einzug ins Parlament: Statt für Nicht- oder Protestwahl entschieden sich viele BürgerInnen für die Wilhelmshavener Alternative Liste (WALLI). Von Anfang an sah sich ihr Vertreter Joachim Tjaden mit massiven Ausgrenzungsversuchen seiner Rats-„KollegInnen“ konfrontiert. Der Vorwurf: Er sei als Einziger gegen den JadeWeserPort. Na und? Solange eine Partei keine faschistischen oder sonstwie menschenverachtenden Positionen bezieht, darf und muss jede/r im Rat das vertreten,*

*wofür ihn oder sie eine erkleckliche Zahl von BürgerInnen gewählt hat.*

*Tjaden ist mittlerweile zur BASU gewechselt. Mit der will Jamaica jetzt sogar sprechen – „Transparenz“ und „Bürgernähe“ sind die verbindenden Elemente.*

*Doch aus den Resten der WALLI, vereint mit anderen Kräften links der bürgerlichen Mitte, ist nun die LAW entstanden – und gleich mit zwei Mandaten in den Rat eingezogen! Die linke Alternative war also mitnichten eine fixe Idee mit absehbarer Halbwertszeit. Das ist höchst unbequem für die „Etablierten“ und kann als Bedrohung empfunden werden – aber ebenso gut als Chance. In der LAW manifestieren sich aktuelle, ernst zu nehmende gesellschaftliche Strömungen, denen sich ein modernes Stadtparlament stellen sollte. Wer die LAW von vornherein abqualifiziert, missachtet damit 3.470 Wählerstimmen. Und nimmt billigend in Kauf, dass die NPD im Einzelfall tatsächlich zum viel besungene Zünglein an der Waage wird.*

*Erschreckend ist, dass sich SPD, CDU & Co. so gar nicht mit der mangelhaften Wahlbeteiligung auseinandergesetzt haben. Vielleicht bringen „die Neuen“ nun genau den frischen Wind, der gefehlt hat, um mehr Menschen zu den Wahlurnen zu treiben. Gerold Tholen und Johann Janssen sei gewünscht, dass sie mit der gleichen Ruhe und Sachlichkeit wie zuvor Joachim Tjaden jegliche Anfeindungen aushalten und sich in ihrer inhaltlichen Arbeit nicht beirren lassen.*

**Imke Zwoch**

# Theaterdonner

## Johann Janssen, LAW, nach seiner ersten Ratssitzung

**Gegenwind:** Johann, wie kommt ein ruhiger Mensch wie du mit dem teilweise rüden Ton im Ratssaal zurecht?

**Johann Janssen:** Ich kannte das ja schon von der Zuschauertribüne aus, war dann aber doch erstaunt, dass z. B. Siegfried Neumann und Günter Reuter außerhalb des Ratssaals recht vernünftig miteinander umgehen. Wenn sie da aufeinander losgehen, wirkt das fast wie einstudiert. Solch ein Theaterdonner ist unnötig.

Andere Ratsneulinge halten sich erstmal zurück - ihr seid gleich in der ersten Sitzung mit Anträgen und Wortmeldungen eingestiegen. Das Thema "Metropolregion" war uns so wichtig, dass wir nicht ohne ausreichende Vorinformation darüber abstimmen wollten. In dieser Form ist das eine Ausgeburt des Kapitalismus, es geht nur um die Wirtschaft - für uns muss es aber auch um die Menschen gehen, dann steckt in einem solchen Konstrukt echtes Potenzial. Das Gremium muss paritätisch besetzt sein - uns fehlen die Arbeitnehmervertretungen, die Gewerkschaften.

Werden die "Jamaica"-Vorstöße zu Bürgernähe und Transparenz von euch begrüßt? Das hängt davon ab, ob z. B. ein "Runder Tisch" rein populistischen Nährwert hat oder als ernst zu nehmende Entscheidungsgrundlage genutzt wird. Die LAW hat vor einiger Zeit einen kommunalpolitischen

Arbeitskreis ins Leben gerufen, durch den wir regelmäßig engen Kontakt zu politisch interessierten BürgerInnen haben. Ihre Anliegen fließen so direkt in unsere Arbeit ein. Wer dort mitarbeiten möchte: bitte bei uns melden.

Ruft der "Jamaica"-Vorschlag zur Bildung von Planungszellen nicht Erinnerungen an alte KBW-Zeiten (1) in dir wach?(1)

Ja - mit gemischten Gefühlen. Gerade diese Zellen waren ein eher undemokratisches Instrument. Trotzdem ist damals auch gelegentlich etwas Gutes bei rausgekommen - so habe ich im Rat auch für die Zellen gestimmt.

Was sind eure Vorschläge für mehr Bürgernähe?

Transparenz in der Ratsarbeit dient nicht nur dem Abgleich zwischen den Erwartungen der BürgerInnen, Wahlversprechen und Praxis. An dieser Stelle muss ich die fleißigen Ratsmitglieder - das sind nicht alle, aber mehr als man denkt - mal in Schutz nehmen. Sie werden oft deshalb ungerecht beurteilt, weil die BürgerInnen gar nicht wissen, wie arbeitsintensiv der Weg von einer Idee über einen Antrag bis zum Beschluss ist. Ein "Tag der offenen Ratssitzung" wäre ein Ansatz, diese Hintergründe nach draußen zu vermitteln.

Wie viele BürgermeisterInnen braucht diese Stadt eurer Ansicht nach?

Wir haben eine Aufstellung erhalten, wonach der OB und seine Vertretung wirklich sehr viele Repräsentationstermine wahrnehmen müssen. Es ist schwer, eine gerechte Auswahl zu treffen. Bestimmte Termine können jedoch ebenso gut von anderen Ratsmitgliedern übernommen werden, die je-

weils am besten dafür geeignet sind.

So bekommen auch mehr als zwei, drei Stadtpolitiker die Gelegenheit, ihr Gesicht zu zeigen, was nur gerecht ist. - In den Medien haben sich die anderen Fraktionen vorab nicht gerade freundschaftlich über die LAW geäußert. Ist das auch nur Theaterdonner?

Ich war positiv überrascht, wie freundlich die meisten Ratsmitglieder mit mir umgehen und auch die Verwaltung. Sie kamen vor Sitzungsbeginn oder in den Pausen auf mich zu und sprachen mich offen an. Ich sehe uns auch nicht unbedingt als "zwei gegen den Rest". Norbert Schmidt ist ein toller Ratsvorsitzender, und Herr Stoffers und seine MitarbeiterInnen haben den Ablauf neutral und konstruktiv unterstützt.

In der LAW herrscht offensichtlich kein Fraktionszwang.

Richtig. Wir stimmen auch nicht mit oder gegen bestimmte Fraktionen, sondern für oder gegen eine Sache. Auffallend war, dass auch innerhalb anderer Fraktionen die Arme unterschiedlich gehoben wurden. Insgesamt herrschte eine positive Aufbruchstimmung bei dieser konstituierenden Sitzung. Wir werden auch nicht auf Biegen und Brechen versuchen, durch Kompromisse und Absprachen mit anderen unsere Anträge durchzudrücken. Wir wollen neue Impulse in die Ratsarbeit einbringen. Was politische Änderungen hervorbringt, läuft ohnehin nur zu 30% im Rat - 70% laufen "draußen".

Wir wünschen der LAW weiterhin demokratische Akzeptanz im Rat und danken für das Gespräch.

(1) Kommunistischer Bund Westdeutschland

## Der Revolutionär frisst seine Bücher Landesbühne inszeniert "Dantons Tod"

(iz) Sehr viel Text und starke Bilder - so könnte eine vorsichtige Umschreibung der Inszenierung lauten. Was soll ich sagen? Mein Sitznachbar schlief nach der Pause ein. Ich persönlich fand das Stück zäh. Doch weil jede/r andere Erwartungen und kein Kritiker die Objektivität gepachtet hat, halte ich stets mein Ohr ins Publikum. Da war die eine oder die andere schon begeisterter als ich oder hatte sogar Pipi in den Augen vor Ergriffenheit. Und es gab, wenn auch keine stehenden Ovationen, doch anständigen Applaus.

Büchners Vorlage setzt erst ein, als die Revolution bereits im Sterben liegt. Da ist es schwierig, die Charaktere durchdringend zu zeichnen, so dass der fehlende Teil der Biografien mitschwingt. Die schweren, dichten Texte laufen Gefahr, zur reinen Rezitation zu verkommen, wenn sie nicht von starken Bildern gestützt werden. So war es auch anfangs, die Darsteller standen noch kaum in ihrer Rolle, erst nach der Warmlaufzeit kam Leben in die Bude. Nur die weiblichen Figuren blieben durchweg blass (Ausnahme: Alicja Rosinski als Mädchen aus dem Volk, und Verena Held legt als Lucile am Ende einen Zahn zu.) Da bleibt aber offen: Ist das nicht gekonnt oder vom Regisseur so ge-

wollt? Auch kleine Bilder können stark sein - so schaffte es Georg D. Tielmann, dem Lacroix mit kleinen Gesten am Rande Leben einzuhauhen, Angst und Irrsinn auch körperlich zu zeigen, bis er am Ende seine Bücher auffrisst.

Eine SchülerInnengruppe meinte am Ende, das sei das Langweiligste, was sie je gesehen hätten. Die Event-verwöhnte Generation für diesen Stoff zu begeistern, ist wirklich hartes Brot. Auf aktuelle Bezüge hat Regisseur Reinhard Friese bewusst verzichtet, doch die Musik ist schon ganz peppig - statt der Marseillaise gibt es Musik von den Dustbrothers und Madrugada - und es lassen sich auch Comic-Elemente als Stilmittel entdecken. Womit wir zu den Stärken der Inszenierung kommen: Das Bühnenbild ist die Wucht. Bedenken, es könnte die Spielfläche erschlagen, haben sich nicht bestätigt, dafür ist es zu plakativ. Den Hintergrund bildet Eugene Delacroix' berühmtes Revolutionsgemälde "Die Freiheit führt das Volk an" (im zweiten Teil ausgeblendet zugunsten einer tristen Gefängnismauer). Oberhalb der Rückwand eine Lauffläche - mal Robespierres spartanische Denkfabrik, mal Laufsteg der selbstgefälligen Besserevolutionäre. Darunter der riesige Bilderrahmen, in dem Straßenszenen ins Bild gesetzt werden - und die sind ein tragendes Element der Inszenierung. Zeitgenössische

Szenen aus der Revolutionszeit werden bewusst starr interpretiert, wie Gemälde oder Comics. Der Rahmen trennt das Prekariat von den Revolutionsführern, beide machen sich ein Bild voneinander, das längst nicht mehr die jeweils eigene Realität erreicht. Und es ist, wie der Rahmen, in jedem Fall schief. Ein sehr starkes Bild liefert zum Ende die Leiter, zuvor verbindendes und dann trennendes Element zwischen Dantonisten und Robespierres "Wohlfahrtsausschuss", jetzt als Guillotine - man muss keine Köpfe rollen lassen, um die Brutalität des Systems darzustellen.

Nach dem alberten Che-Guevara-Stück der letzten Spielzeit bietet "Dantons Tod" ein erfreuliches und notwendiges Kontrastprogramm. Revolutionäre als lächerliche Popstars zu verunglimpfen, sichert zwar Lachsalven und Schenkelklopper, trägt aber so gar nicht zur ernsthaften Auseinandersetzung bei. Auch Danton war ein Popstar seiner Zeit, anders kann man die Massen nicht gewinnen, was aber nicht heißt: eine Witzfigur. Da wird die Landesbühne mit dieser eher trockenen und sehr anspruchsvollen Inszenierung ihrem Auftrag schon besser gerecht. Aber schauen Sie selbst.

Weitere Aufführungen im Stadttheater: : Sa, 13.11.2006 / Mi, 29.11.2006 / Di, 19.12. 2006 / Sa, 13.01. 2007 / Do, 25.01 2007, jeweils 20.00 Uhr



# Ratssplitter

vom 1. November 2006  
ausgegeben von Imke Zwoch

**Ach, wie war es doch vordem stets im Ratssaal so bequem! Acht Jahre lang war auf die Hackordnung Verlass, doch seit der Mauser am 10. September sind alle aufgeschreckt. Die Roten mussten ordentlich Federn lassen, und die Gelben, Grünen und Schwarzen ließen kaum eine Gelegenheit aus, in die kahlen Stellen zu picken. Der Kampf um die besten Plätze auf den Sitzstangen währte 6 1/2 - in Worten: sechseinhalb - Stunden, und am Ende ging es den Pressefüchsen wie Walter Schulz nach 42 Jahren auf seinem Ratssessel: So plattgesessen waren die Sitze, dass kaum einer noch über den Tisch gucken konnte.**

## ◆ Verschmidst

leitete der bisherige Ratsvorsitzende die meist anstrengenden bis turbulenten Sitzungen. Und wird dies, mit einstimmigem Votum, auch weiter tun: Norbert Schmidt bleibt der Hahn im Korb. Da bin ich aber froh - hat er doch oft als einziger einen Humorpunkt zu den Ratssplittern beigetragen. ☺ Auch sein bisheriger Vertreter Ehnste Lauts hatte den Laden stets gut im Griff - ob Nachfolger Bernhard Rech ihn ersetzen kann?

## ◆ Verdächtig

erschien der ungewohnt höfliche Umgangston im Ratssaal zu Anfang der Sitzung. Keine Zwischenrufe, kein Gestänker, nichts. Was war passiert? Gute Vorsätze? Des Rätsels Lösung: Es gab sozusagen einen Supervisor. Paul Krause, Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, war erschienen, um langjährige Ratsmitglieder zu ehren. In diesem Zusammenhang betonte er die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung, die 1808 aus der preußischen Städteordnung hervorging. Sorge bereitet Krause die geringe Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen - seiner Ansicht nach ein "Denkzettel" für die Landes- und Bundespolitik. Die kommunalen Gestaltungsspielräume würden derweil durch den "Schraubstock" aus EU-, Bundes- und Landesvorschriften zunehmend eingengt. Kaum hatte Krause die Tür hinter sich geschlossen, ließen alle ihrem Temperament wieder uneingeengt freien Lauf. Ganz unpreußisch, was durchaus sein Gutes hat. Und ich hatte mir schon ernsthaft Sorgen gemacht.

## ◆ Vergnügt

zeigten sich die Ratsmitglieder, als Schmidt aus dem Privatleben des scheidenden (und jetzt Ehren-)Ratsherrn Walter Schulz plauderte: "Seine 50, 60 Rammler waren stadtbekannt." Das Kichern nahm kein Ende, bis Schmidt durchgriff: "Ehe hier Unruhe aufkommt - Rammler sind Kaninchen!" ☺ Schulz selbst verzichtete auf salbungsvolle Worte. Er wies nur auf die eingangs erwähnten durchgesessenen Ratssessel hin und empfahl eine Neuanschaffung. Wir gratulieren ihm zum 42-jährigen Sitzvermögen ☺ und wünschen einen schönen Ruhestand und weiterhin viele gesunde Rammler.

## ◆ Vermessen

klingt der Schluss der kurzen Laudatio, die Schmidt dem OB für 25-jährige Ratsmitgliedschaft widmete: "Wir wünschen Herrn Menzel für die nächsten 25 Jahre alles Gute." War das jetzt eine Drohung?

## Als Rebell gestartet, als Eingleiser gelandet

Norbert Schmidt in seiner Laudatio zur 25jährigen Ratsmitgliedschaft Eberhard Menzels

## ◆ Verzockt

hat sich die SPD beim Griff nach den Ausschuss-Vorsitzen. Kurz erläutert: Nach dem sogenannten Höchstzahlverfahren wird berechnet, in welcher Reihenfolge die stärksten Fraktionen abwechselnd ihre Lieblingsausschüsse per Ansage auswählen dürfen. Den begehrten Bauausschuss hatte die Jamaica-Kooperation (CDU, FDP & Grüne) der SPD zuvor von sich aus angeboten. Der SPD schien das selbstverständlich - zu selbstverständlich, fand Jamaica, und nachdem die SPD als erstes den (ebenfalls mächtigen) Entsorgungsbetriebsausschuss geangelt hatte (inkl. Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Stadtwerke), griff sich Jamaica - zack - den Bauausschuss. Und, weil nun keine der vorgesehenen Strategien mehr aufging, auch noch den Finanz- und den Schulausschuss. (1)

## ◆ Verkorkst

haben alle miteinander die Wahl des Verwaltungsrates der Sparkasse. Und das kam so: Grundsätzlich ist der OB dort "geborener" Vorsitzender und war das bisher auch. FDP-Sprecher Michael von Teichman hatte aber den Ausnahmepassus im Sparkassengesetz parat: Der Rat kann auch einen anderen Sparkassenvorsitzenden aus seiner Mitte wählen. Gesagt, getan: Jamaica warf Jörn Felbier (CDU) als Gegenkandidat ins Rennen. "Das könnt ihr nicht machen!", entsetzte sich SPD-Sprecher Siegfried Neumann. Doch, konnten sie: Im zweiten Wahlgang hatte Felbier knapp die Nase vorn. Menzel selbst trug's - äußerlich - mit Fassung. Es galt aber noch sieben weitere Vorstandsmitglieder zu wählen. Von denen dürfen höchstens drei Ratsmitglieder sein. Vorschlagen durften die SPD 3, CDU 2 und FDP und Grüne je 1 Kandidat/in. Neumann nutzte das Erstvorschlagsrecht der SPD zum Konter: "Neumann, Menzel, Adam." Witzige Idee. Es dauerte ein paar Sekunden, bis auf der anderen Seite der Groschen fiel und CDU-Sprecher Günter Reuter explodierte. Händeringend versuchte Verwaltungsrechtsexperte Jens Stoffers, die Streithähne zu einer einvernehmlichen Lösung zu bewegen. ☺ Man müsste nur die drei Ratsvertreter gerecht auf die Fraktionen verteilen und Punkt. Vergessens, die SPD rückte nicht von ihrem Vorschlag ab. ☹ So bleibt bis auf weiteres der alte Vorstand mit Menzel an der Spitze im Amt. Was nicht heißt: bis auf ewig. Denn, das machte Stoffers unmissverständlich klar: Die Neubildung dieses Gremiums dauerhaft zu verhindern, wäre Rechtsmissbrauch.

## ◆ Verdammt

gute Arbeit hat die Verwaltung vor und während der Ratssitzung geleistet. Für jeden Teil des langatmigen Procederes aus Vorschlägen, Besetzungen und Wahlen gelten höchst komplizierte Vorschriften, die mit Fleiß in ei-

nem dicken "Drehbuch" für den Ratsvorsitzenden zusammengetragen worden waren. Nicht planbar waren die kleinen und größeren Gemeinheiten, die sich die Fraktionen füreinander ausgedacht hatten. Da musste schon mal unterbrochen und am Verwaltungstisch geblättert und beratschlagt werden. Doch Regisseurin Claudia Wachenfeld hatte stets alles im Griff. Eindrücke können täuschen, aber viele erlebten den Auftritt der Verwaltung vor dieser neuen Ratskonstellation als freier, selbständiger und neutraler. Jedenfalls verdient das Team ein dickes ☺.

## ◆ Verkehrt

ist es, dem NDP-Vertreter im Rat Aufmerksamkeit zu schenken, in welcher Form auch immer. Dafür bedarf es zwischen den demokratischen Rats- und auch den Medienvertretern keiner besonderen Absprache. Die üblichen Kontrahenten müssen aber aufpassen, dass nicht die Pferde mit ihnen durchgehen. Auseinandersetzungen zwischen Neumann bzw. Wilfrid Adam (beide SPD) einerseits und Reuter bzw. von Teichman andererseits funktionieren nach einem stets gleich ablaufenden Reiz-Reaktions-Schema: Einer weiß, wo er den anderen ärgern kann, und der springt dann erwartungsgemäß darauf an. Das ist manchmal unterhaltsam, auf Dauer grottenlangweilig. Unzulässig und unverzeihlich wird es, wenn sie für dieses Spiel die no-go-area NPD betreten. Und nur, um die Gefahr zu verdeutlichen, folgende Erwähnung: Am Verwaltungsausschuss (VA) dürfen derzeit nur die gewählten sogenannten Beigeordneten teilnehmen. Jamaica beantragte, die Ratsöffentlichkeit im VA wieder zuzulassen: Alle Ratsmitglieder dürfen dann als Gäste in den VA. Vorteil (und Ziel des Antrags): Ein besserer Informationsgrad im gesamten Rat. Nachteil (den man nicht hätte thematisieren müssen): Auch der Rechtsextreme darf dann dort sitzen. Welcher Teufel ritt aber Wilfrid Adam, Jamaica vorzuwerfen, sie würden mit ihrem Antrag Letzteres beabsichtigen? Unklug und überflüssig. Leider sagte keiner: Das vergessen wir jetzt mal und lassen das Thema ruhen - nein, Jamaica spulte das volle Das-war-jetzt-aber-gemein-Programm ab.

Merk ihr nix!?? Der Neofaschist darf nie, weder aktiv noch passiv, im Rat eine Rolle spielen. Für dieses wichtige gemeinsame Ziel sollten alle zum richtigen Zeitpunkt ihre Kriegsbeile stecken lassen.

Man kann den Ewiggestrigen zwar nicht hindern, Anträge zu stellen, aber der Rat kann laut Geschäftsordnung (GO) beschließen, sich damit nicht zu befassen. Drum stellte der, dessen Namen nicht genannt werden darf, gleich den Antrag, diesen Passus der GO abzuschaffen. Man befasste sich mit diesem Antrag, indem man ihn ablehnte. Neumann setzte den I-Punkt: "Stellt euch vor, als nächstes beantragt er die Wiedereinführung des deutschen Grußes!" Man muss Neumanns Polemik nicht mögen, in diesem Fall war sie absolut angebracht. ☺

## ◆ Verblüfft

hat es angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse nicht, aber einen Tusch ist es wert: Nach fünf Jahren im Rat hat die BASU erstmals einen Antrag durchgebracht! Nämlich den, sämtliche Protokolle aus den öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen online und im Rathaus auch zur Einsicht für alle

Interessierten zugänglich zu machen. Ratsprotokolle liegen zwar bereits in der Stadtbücherei, die auch länger geöffnet hat als das Rathaus, aber die BASU wollte auch die Möglichkeit der Einsichtnahme "vor Ort".

#### ◆ **Verändert**

wurde die Geschäftsordnung des Rates auf Initiative von Jamaica und BASU. Mit den neuen Mehrheiten konnte der lang gehegte Wunsch nach einer "aktuellen Stunde" als Tagesordnungspunkt der Ratssitzung endlich durchgesetzt werden. ☺ Ausschüsse sollen nur noch nach Bedarf tagen. Das elektronische Ratsinformationssystem wird so schnell wie möglich eingerichtet. Für bestimmte Sachverhalte und Problemlösungen werden "Runde Tische" mit betroffenen bzw. interessierten BürgerInnen eingeführt sowie Expertenanhörungen und "Planungszellen", um Beschlüsse zu verbessern. Für ZuschauerInnen der Ratssitzung sollen Tagesordnung, Beschlussvorlagen und Anträge z. B. per Beamer auf einer Leinwand präsentiert werden, damit sie den Beratungen folgen können. Die technische Umsetzung dieses einstimmigen Beschlusses bereitet der Verwaltung etwas Kopfschmerzen – vielleicht ein Anlass, endlich die gruseligen Kronleuch-

ter an der Decke des Ratssaals dem Museum für Völkerkunde zu vermachen.

#### ◆ **Verhindert**

wurde die Verkleinerung des Jugendhilfeausschusses. Um Kosten zu sparen, wollte die Verwaltung auf zwei beratende Mitglieder - in der Jugendhilfe erfahrene Personen - verzichten. Tatsächlich spart das nur ein paar Euro fuffzig, inhaltlich ist es, so Adam, "ein Bärendienst an der Jugendarbeit". Das fand auch die LAW. Bei einer Enthaltung wurde die Beschlussvorlage durch Stimmgleichheit abgelehnt. ☺

#### ◆ **Vermindert**

wurde die Zahl der stellvertretenden Bürgermeister trotz entsprechenden Vorgeplänkels nun doch nicht. Als Argument wurden die zahlreichen Repräsentationstermine des Stadtoberhaupts angeführt. Hand aufs Herz: Wenn drei Fraktionen kooperieren, um Mehrheiten zu brechen, erhebt doch mehr als eine von ihnen Anspruch auf ein solches Spitzenamt. Ist ja auch nicht schlimm. Nur schade, dass keine Frau vorgeschlagen wurde. So wurden Fritz Langen (CDU) und Werner Biehl (Grüne) mehrheitlich zum zweiten und dritten Mann der Stadt gewählt.

#### ◆ **Verreist**

wird künftig nicht mehr so viel: Auf Antrag der BASU finden Haushaltsklausuren zukünftig grundsätzlich in Wilhelmshaven statt. Das schmälert zwar die Disziplin, durchgängig bei der Stange zu bleiben, spart aber Kosten für die städtischen Mitarbeiter, die dort Überstunden und Wochenenddienst schieben müssen.

In den Ferien darf aber weiterhin verreist werden: Der BASU-Antrag, auch in dieser Zeit Rat und Ausschüsse tagen zu lassen, fand nur drei Anhänger. Wäre auch für Leute mit Kindern echt blöd gewesen. ☺

#### ◆ **Verärgert**

ist die Verwaltung über den Mehrheitsbeschluss, dass nun auch der Rat zu bestimmten Themen eine Einwohnerversammlung einfordern kann. Bislang durfte das laut Hauptsatzung nur der OB und nicht "der Rat nach seinem Gusto". Antragsteller und Verwaltung berufen sich dabei auf verschiedene Gesetzeskommentare. Von Teichman beruft sich auf den von Thiele, der die Übernahme eines solchen Passus in die Satzung empfiehlt. Der Nds. Städtetag sieht das anders. Menzel wird den Beschluss nun durch die Kommunalaufsicht prüfen lassen. Fertig. Fertig? Das Gezänk nahm seinen Fortgang, bis Werner Biehl (Grüne) zur Stringenz mahnte: "Lasst uns einfach so verfahren." ☺

#### ◆ **Verrannt**

hat sich die SPD im Kampf um einen speziellen Vorstandsposten. Als Vorstandsmitglied der "Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven" schlug Jamaica die grüne Ratsfrau Erika Lach vor. Durchaus naheliegend, diesen Job einer ökologischen Fachkraft zu übertragen. Adam war anderer Ansicht und versuchte zu belehren: "Um das klarzustellen – in diesem Gremium geht es nicht um Naturschutz, sondern um Wirtschaftsförderung." Deswegen müsse Neumann unbedingt dort Vorstandsmitglied bleiben. Aha. Interessante Sichtweise. Tatsächlich ist es eine von fünf Aufgaben der Stiftung, ei-

nen Flächenpool vorzuhalten, um den Verlust von Naturflächen durch Industrie- und Gewerbeansiedlung auszugleichen. Das hat nur insofern mit Wirtschaftsförderung zu tun, als dass ohne Kompensationsflächen keine Naturzerstörung zulässig ist – so bestimmt es das Naturschutzrecht. Wesentlich ist dabei, die Ersatzflächen fachgerecht auszuwählen. Wer ist dafür am besten qualifiziert? Jemand, der die die Kompensationspflicht als notwendiges Übel sieht? Oder eher jemand, dem Naturschutz eine Herzensangelegenheit ist (ohne dabei Wirtschaft und Arbeitsplätze aus den Augen zu verlieren)? Gegründet wurde die Stiftung, um (Zitat aus der Selbstdarstellung) "für die Region sinnvolle und notwendige Projekte zu fördern und auch selbst durchzuführen, um in der Region die Natur und Umwelt um ihrer selbst willen, aber auch als Teil eines lebenswerten Umfelds zu erhalten und entwickeln." Die Sichtweise der SPD-Spitze zeugt gerade nicht von Kenntnis bzw. Akzeptanz des Stiftungszweckes. Um das klarzustellen: In dieser Stiftung geht es um Naturschutz und nicht um Wirtschaftsförderung. Vor diesem Hintergrund ist der Vorstandsposten bei Frau Lach in guten Händen – und so sah es auch die Ratsmehrheit. ☺

(1) Die Zusammensetzung der Ratsgremien und die Verteilung der Gremienvorsitze sind im Detail dem Portal [www.wilhelmshaven.de](http://www.wilhelmshaven.de) zu entnehmen.

#### **NPD konsequent ignorieren?**

In den Ratssplittern wie auch in ihrem Beitrag über die NPD im Rat vertritt –iz- die Linie, dem einzigen rechtsradikalen Ratsherrn einfach jedwede Aufmerksamkeit zu verweigern, ihn konsequent zu ignorieren und zu verhindern, dass die NPD im Rat aktiv oder passiv eine Rolle spielt.

Dazu gibt es auch andere Auffassungen. Das Buch "Moderne Nazis" von Toralf Staud gibt als letztes Kapitel "eine kleine Gebrauchsanweisung für den Umgang mit der NPD". Von "Nicht unterschätzen..." (NPD-ler sind nicht automatisch dumm) über "...aber auch nicht überschätzen" ("Niemand in der heutigen NPD hat ein Charisma, das über die Partei hinausreicht. ... Reißerische Illustriertenstorsy und empörte Politikerrituale machen sie größer, als sie ist"), "Korrekt behandeln" ("Für das Selbstbild der rechten Szene ist es ungemein wichtig, sich als Märtyrer aufführen zu können" - "Abgeordnete der NPD sind demokratisch legitimiert – ihre Ideologie ist es nicht. Ihre Reden dürfen nicht unwiderrprochen bleiben") und einige andere Punkte schreibt Staud, dass er es wichtig findet, die NPD zu widerlegen. Dazu führt er aus: "Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten ist mühsam, und Spaß macht sie auch nicht. Aber ein anderes Mittel gegen die NPD gibt es nicht. Wenn sie sich als Sozialkämpfer aufspielt, muss man ihr Konzept einer wärmenden Volksgemeinschaft bloßstellen. ... Es ist nicht so schwer, das Programm der NPD zu demontieren. Dazu muss man es aber zumindest gelesen haben."

Unter der Überschrift "Themen streitig machen" kritisiert Staud Abgeordnete anderer Parteien, die wichtige Themen der NPD überlassen und behauptet: "Würden die anderen Parteien nur halb so viel Energie in die Auseinandersetzung mit der NPD stecken wie in den Streit untereinander, wäre viel gewonnen." (noa)

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken - Parties - Konzerte

Freitag 3.11. EDM-80's-DarkWave&Gothic Night

Freitag 10. November  
SALLY WILLIAMS  
21 Uhr

★ Travestie-Show ★

Freitag, 24. November  
amnesty international  
Benefiz - Konzert

SANAGI  
(Electrop-Pop - Norway/Japan)

ZUR ZEIT (Deutsch-Pop)

HOPUSPOKUS (Rock)

www.kling-klang-whv.de

# Was ist links los?

## Wir befragten Werner Dalichow zum Parteibildungsprozess

(noa) Am 2. Oktober meldete die "WZ" auf der Niedersachsen-Seite: "Linke ringt um künftige Ausrichtung". Und obwohl es da nicht ausdrücklich stand, klang es so, als sei es sehr schwierig. Da außerdem Gerüchte umgehen, dass es in der Linken total unterschiedliche Auffassungen gäbe und auch die Wilhelmshavener WASG gegen den Zusammenschluss von Linkspartei und WASG sei, wollten wir mit Werner Dalichow als einem Mitglied des Landesvorstandes der WASG darüber sprechen. Der überraschte uns jedoch mit einer unerwarteten Eröffnung.

**Werner Dalichow:** Ich bin nicht mehr im Landesvorstand.

**Gegenwind:** Wie bitte?

Ich bin im Mai zusammen mit sechs anderen vom Landesvorstand zurückgetreten. Und der Grund dafür ist auch der Grund der Auseinandersetzung in der WASG. Wir sind nicht gegen eine neue linke Partei, sondern dagegen, wie es läuft.

Erklär das bitte.

Es geht um zweierlei. Zum einen wollen wir den Stil der politischen Auseinandersetzung nicht mehr mittragen. In der WASG hat sich ein Stil der Politik von oben nach unten durchgesetzt, und immer mehr Doppelmittglieder haben das Sagen. Wir sind aber damals vor zwei Jahren angetreten, um eine Partei zu gründen, in der die Willensbildung von unten nach oben erfolgt.

Eine "Partei neuen Typs", habt ihr damals in Wilhelmshaven gesagt.

Genau. Das Zweite betrifft politische Inhalte. Am deutlichsten wird das bei dem, was in Berlin passiert. Da redet die Linkspartei gegen den Neoliberalismus, gegen Privatisierung, gegen Sozialabbau usw. Und sie setzt andererseits die Koalition mit der SPD fort, verkauft öffentlichen Wohnraum, streicht Stellen im öffentlichen Dienst, setzt Hartz IV um. Das kann so nicht angehen. Dafür sind wir nicht angetreten. Wir sind angetreten, um Opposition zu betreiben und den Neoliberalismus zu bekämpfen. Und das macht die Linkspartei nicht. Sie versucht, auf Bundes- und Landesebene Stimmen zu sammeln, um mitregieren zu können.

Das Ergebnis am 17. September in Berlin waren große Wahlverluste, doch sie will so weitermachen.

Viele Oppositionelle in der WASG befürchten, dass Lafontaine und andere einen Weg gehen, um "regierungsfähig" zu werden und mit der SPD zusammen eine "linke" sozialdemokratische Politik zu betreiben.

So sieht's aus. Im "Stern" Nr. 40 Ende September gab es ein Interview mit Lafontaine und Gysi, in dem Lafontaine sagte, es sei "für die Linke wichtig, auch in schwierigen Zeiten zu beweisen, dass sie regieren kann".

Siehste. Und dabei würde nichts anderes rauskommen als das, was in den letzten Jahren passiert ist. Das wäre alles andere als ein Politikwechsel. Dagegen wendet sich eine Minderheit. Aber diese Minderheit beträgt ungefähr 45 % - das ist schon fast keine Minderheit mehr.

Lässt sich das nachweisen?

Da muss man sich nur die Beschlüsse des letzten Bundesparteitages anschauen. Da lagen die Abstimmungsergebnisse so etwa bei 135:115.

Und während wir hier sitzen, sieht es so aus, als ob immer mehr Leute in der WASG so langsam Bauchschmerzen zu bekommen. Nach dem, was am 17.09. in Berlin gelaufen ist, werden immer mehr Leute kritisch gegenüber dem Bundesvorstand.

Das jüngste Beispiel ist in Bremen auf dem Landesparteitag der WASG passiert. Der Landesvorstand schlug für die Wahlen im kommenden Jahr vor, so wie bei der Bundestagswahl auf LPDS-Listen zu kandidieren, aber die Basis hat mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, ein breites linkes Bündnis zu gründen. Wegen dieser immer stärker werdenden Opposition von unten - so behaupten wir - wollte der Bundesvorstand den Bundesparteitag am 18. November, wo er sich zu Wahl stellen muss, ausfallen lassen und ihn auf Frühjahr 2007 verschieben. Aber der Länderrat - der ist ja das höchste Gremium zwischen den Parteitag - hat mit einer riesigen Mehrheit beschlossen, dass der Bundesparteitag im November stattfindet. Das war schon ein Aufmucken gegen den Bundesvorstand.

Wer ist im Bundesvorstand?

Ich kann dir nur die vier nennen, die den geschäftsführenden Vorstand bilden. Das sind Klaus Ernst, Thomas Händel, Axel Troost und Felicitas Weck, alle vier übrigen Doppelmittglieder.

Und diese vier sind für die schnelle Fusion? Nach außen hin ja. Allerdings scheint sich auch da etwas zu rühren und zu tun. Damit muss man sehr vorsichtig umgehen. Viele in der Bevölkerung sehen durch die Bundestagswahl die Fusion schon als vollzogen an. Und andererseits wollen ebenso viele mit der Linkspartei nicht. Das ist ein schwieriges Geschäft.

Und das ist das Hin und Her, das es auch in Wilhelmshaven und Umgebung gibt: einerseits Eintritte von WASGLern in die Linkspartei,



**WASG**  
Die Wahlalternative

---

**Anderer Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.**  
04421- 46 68 36  
[www.wasg-whv.de](http://www.wasg-whv.de)

te, andererseits Austritte?

Die Spaltung verläuft nicht zwischen WASG und Linkspartei. In der Linkspartei sind ja auch viele, die diesen Kurs nicht mitmachen wollen, die eine innerparteiliche Opposition bilden und die das richtig finden, was auch die WASG-Opposition will. Die es nicht richtig finden, als im Westen gescheiterte PDS auf den WASG-Zug aufzuspringen.

Es ist doch klar, dass die Linkspartei ohne die WASG-Mitglieder auf ihren Listen im Westen längst nicht so viele Stimmen bekommen hätte. Und sie wäre nicht in Fraktionsstärke im Bundestag. Natürlich brauchen wir eine gemeinsame linke Fraktion. Wir können und dürfen nicht gegeneinander arbeiten. Das ist wirklich eine historische Chance. Das Problem ist, was sich da hinter den Kulissen abspielt. Was z.B. in Niedersachsen passiert ist: Die Linkspartei hat hier in Niedersachsen 600 bis 700 Mitglieder, die WASG etwas über 1200. Dann wurde die Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt, und die Linkspartei hat sofort die Plätze 1 und 2 für sich beansprucht. Es gibt Leute, die auf Pöstchen und Macht aus sind. Und viele WASGLer, die vor zwei Jahren zu uns gekommen sind, haben sich frustriert zurückgezogen und sind wieder auf dem Sofa.

Auch in Wilhelmshaven?

Ja.

Wie viele?

Fünf oder sechs bestimmt.

Von wie vielen?

Wir hatten an die 40 Mitglieder hier.

Und fünf oder sechs sind ausgetreten.

Ausgetreten sind wahrscheinlich sogar mehr. Ich bekomme nicht immer genaue Meldungen. Ich schätze, dass wir hier in Wilhelmshaven etwa noch 30 haben.

Wenn man es nicht an der Mitgliederzahl festmachen kann, dann ja vielleicht an den Versammlungen?

Richtig. Vor einem Jahr waren zwischen 15 und 20 Leute immer da. Auf der letzten Mitgliederversammlung waren wir noch sechs Leute. Das ist ein Zeichen dafür, dass viele sich zurückziehen und abwarten, was kommt. Und auf Niedersachsen-Ebene: Da ist es für die LPDS gelaufen. Die WASGLer haben sich zurückgezogen, und die LPDS macht die Politik.

Und wie wird es nun weitergehen? Die WASG wird sich 2007 in die LPDS auflösen? Das kann ich nicht beantworten. Es gibt da verschiedene Strömungen innerhalb beider Gruppierungen. Eine Seite sagt, aus rechtlichen Gründen wäre es nur möglich, dass die WASG in der Linkspartei aufgeht. Es geht da um Parteivermögen. Andererseits gibt es Staatsrechtler, die das für Schwachsinn halten. Die sagen, es ist sehr wohl möglich, dass beide Parteien eine neue Partei bilden. Und in diese neue Partei treten dann beide Seiten ein, und das Vermögen der Linkspartei,

## Günstiges Baugeld

### Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:  
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144  
Büro (vorm.) 04421 / 1400823



VERSICHERUNGSGRUPPE



tei ist gesichert. Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Der Name wird jedenfalls wahrscheinlich "Die Linke" sein.

Und wie verhalten sich dann die Oppositionellen? Wirst du z.B. beitreten?

Das hängt von der Satzung und vom Programm ab. Jetzt muss ich noch mal das Beispiel Berlin heranziehen. Da gab es einen Landesparteitag der LPDS. Und von den Delegierten haben sich 80 % für eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD ausgesprochen. Dabei muss man wissen, dass von diesen 80 % wiederum 90 % Mandate haben in den Abgeordnetenhäusern usw. oder bei der Linkspartei angestellt sind. Dass die das so wollen, um ihre Posten zu sichern, ist verständlich. Wir Oppositionellen wollen Amt und Mandat völlig trennen. Mandatsträger dürfen keine Delegierten auf Parteitag sein. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt.

Du meinst jetzt die Opposition innerhalb der WASG.

Richtig. Wir nennen uns "Netzwerk linke Opposition" (NLO). Es geht dann außerdem noch um Quotenregelungen – die Linkspartei hat ja keine Frauenquote. Das Wichtigste ist aber die Trennung von Amt und Mandat. Sonst hat man ganz schnell dasselbe wie in den etablierten Parteien: Die Bundestagsfraktion sagt, so wird es gemacht, und dann wird es so gemacht.

Das Futtertrog-Syndrom?

Genau. Und wenn wir das tun, sind wir blitzschnell da, wo die bürgerlichen Parteien auch sind. In der Linkspartei ist es auch schon so. Von der Basis kriegt man kaum etwas mit. Die Partei ist sehr undurchlässig nach oben hin. Und die Mandatsträger können auch Delegierte sein, und die mauern dann alles fest.

Wie sieht das bei denen aus, die noch zu den WASG-Versammlungen in Wilhelmshaven kommen? Gibt es da beide Strömungen, oder sind die noch Aktiven geschlossen in der linken Opposition?

Letzteres. Jedenfalls ist es nicht anders erkennbar. Mag sein, dass es den einen oder anderen gibt, aber geäußert hat sich noch keiner anders.

Das heißt, ihr hier seid euch einig?

Ja.

Vielen Dank für das Gespräch.

**AMERICAN STYLE RESTAURANT & COCKTAILBAR**

**Bonny's Diner**

**ÖFFNUNGSZEITEN:**  
 MO-DO 9 - 2 UHR  
 FR 9 - 5 UHR  
 SA 10 - 5 UHR  
 SO 10 - 2 UHR

MHV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 983 505

# Draußen vor der Tür

## Demonstration "Keinen Fußbreit den Faschisten" - nicht im Rat und auch nicht auf der Straße

(iz) Zum wiederholten Mal zog ein Vertreter einer rechtsradikalen Partei in den Wilhelmshavener Stadtrat ein. Es ist klug, diesem in der Ratsarbeit mit konsequenter Ignoranz zu begegnen, aber es ist nicht genug. Draußen auf der Straße, im Alltag, in Familien, Schulen, Vereinen, Kirchen darf der laute und aktive Widerstand nie aufhören. Die Wilhelmshavener Jusos riefen zu einer Demonstration vor der konstituierenden Ratssitzung auf, der DGB bot Unterstützung.

Heftiges Wetter und eine eher abseitige Marschroute begrenzten den Demonstrationzug auf etwa 40 Menschen, begleitet von zwei Polizeifahrzeugen. Von den wenigen Passanten, die durch den Regen huschten, schlossen sich einige unterwegs noch an.

Zur Abschlusskundgebung vor dem Rathaus kamen auch der Oberbürgermeister und Vertreter aller demokratischen Ratsfraktionen. In eindringlichen Worten schilderten Andreas Art (Jusos), Dorothee Jürgensen (DGB) und Enno Ehlers (Kirchenkreis Wilhelmshaven) Ursachen und Gefahren des wiederaufkeimenden Faschismus und die Notwendigkeit des Widerstandes.

**Ansprache von Enno Ehlers, Sprecher des Pfarrkonventes des Kirchenkreises Wilhelmshaven, bei der Abschlusskundgebung der Demonstration gegen Nazis im Stadtrat am 1. November 2006**

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

Demokraten müssen es vertragen, dass es Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Grundeinstellungen gibt. Demokraten dürfen es nicht vertragen, dass es Menschen gibt, die genau dies abschaffen wollen. Wir müssen es leider dulden, dass ein Anhänger einer solchen Partei heute Mitglied des Rates dieser Stadt wird.

Die NDP ist nicht verboten. Umso wichtiger ist es, dass sehr deutlich gemacht wird, dass Anhänger einer Partei, die eindeutig antidemokratisch ist, die öffentlichen Belange mitbestimmen will. Wenn gesagt wird, dass dieses dem öffentlichen Wohl dienen soll, so ist das der blanke Hohn.

Zitat: "Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung." So Uwe Leichsenring, Geschäftsführer der NPD im sächsischen Landtag.

Die Bestrebungen dieser Partei sind nicht nur antidemokratisch, sie sind auch unmenschlich und widersprechen dem Menschenbild, das unserer Verfassung zugrunde liegt. Wieder ein Zitat: "Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen lässt, kann für uns Deutscher sein." Das ist nicht nur ein Ausdruck übler Feindseligkeit, sondern auch dumm. Mit welcher Filteranlage wollen die wohl feststellen, was deutsches Blut ist? Und was sollen denn wohl die besonderen Merkmale deutschen Blutes sein? Ist es ein Willensakt, das Blut in seinen Adern fließen zu lassen?

Deutschland hat es aber schon einmal erlebt, dass ausgemachter Schwachsinn zu einer Ideologie wurde, die viele Köpfe beherrschte. Das darf und kann sich nicht wiederholen, wenn wir wachsam bleiben.

Wenn ich ein schwarzes oder ein weißes Kind taufe, so sind beide mir in gleicher

Weise nahe. Und wenn ich sie nicht taufe, so respektiere ich sie als Menschen mit einem gleichen Lebensrecht – auf dieser Welt – und das heißt auch: hier in Deutschland.

Ein manchmal schwieriges Zusammenleben ordne ich nicht durch markige Parolen der Apartheid, die nur Gewalt zur Folge haben kann.

Es geht heute nicht so sehr um die einzelne Person im Stadtrat. Die wird nicht viel ausrichten. Aber es geht sehr wohl um ein Gedankengut, das zerstörerisch und dumm ist.

Toleranz kennt auch Grenzen. Die Grenze ist erreicht, wenn dezidiert Intolerante Politik gestalten wollen. Dagegen wehren wir uns entschieden.

Ein Letztes: Ich weiß, dass etliche, die die NPD gewählt haben, keine Anhänger dieser Partei sind. Sie wollten mit ihrer Stimmabgabe Unmut ausdrücken. Das sollte von allen demokratischen Kräften sehr ernst genommen werden. Die sehr geringe Wahlbeteiligung ist ein ebensolcher Hinweis. In manchen Köpfen aber brodeln ein unheilvolles Gemisch aus dumpfer Emotion und ihren eingängigen Parolen. Dem kann man nur mit glaubwürdiger Politik begegnen. Nationalsozialistisches Gedankengut ist unmenschlich – und weil es unmenschlich ist, ist es auch unchristlich.

Die Pastoren des Kirchenkreises Wilhelmshaven wissen sich mit Ihnen darin einig, dass dagegen mit aller Deutlichkeit Stellung bezogen wird. □

**\***

**Reparaturen aller Fabrikate**  
 spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
 Achsvermessung  
 TÜV/AU  
 Abschleppdienst  
 Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
 Tel. 04425 990870 Fax 990872  
 www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
 KFz-Technik



# hartz IV und recht

## Job-Center muss sich an die Wohngeldtabelle halten

(noa) Wie zuvor schon mehrere Male hat Werner Ahrens in der ALI-Versammlung im Oktober darauf hingewiesen, dass alle Erwerbslosen, die vom Job-Center nicht ihre volle Miete erstattet bekommen, in die Beratung der ALI kommen und sich beraten lassen sollten. Wenn sie schon keinen Anspruch auf die vollen Kosten der Unterkunft haben – mehr als der vom Job-Center gewährte Betrag ist auf jeden Fall drin. Denn dieses hat Mietobergrenzen "aus den Wolken abgelesen", wie Werner sagt.

Auch im Gegenwind haben wir schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Mietobergrenzen, die den Alg II-EmpfängerInnen in Wilhelmshaven zugestanden werden, vor dem Sozialgericht Oldenburg wie auch vor dem Landessozialgericht keinen Bestand haben. Warum wir das Thema noch einmal aufgreifen? Jetzt gibt es endlich einschlägige Urteile!

### Deutliche Worte

"... Dies folgt daraus, dass nicht auf die Berechnungen der Stadt Wilhelmshaven, sondern auf die rechte Spalte der Tabelle nach § 8 des Wohngeldgesetzes angestellt werden muss. Denn die Zahlen der Wohngeldtabelle – anders als die der Stadt Wilhelmshaven – werden bundesweit einheitlich erstellt, und zwar von einer unabhängigen Stelle, die selbst kein Interesse an den Ergebnissen der so erstellten Statistik hat. Sofern eine Stadt der Auffassung sein sollte, dass die Wohngeldtabelle unangemessen hohe Kosten der Unterkunft verursacht, steht es ihr frei, einen Mietspiegel zu erstellen, der dann vorrangig herangezogen werden würde. Dies ist aber in der Stadt Wilhelmshaven nicht passiert." So steht es in einem Urteil des Sozialgerichts Oldenburg vom 31. August 2006 (AZ: S 49 287/05). Am selben Tag erging ein Urteil, in dem es heißt: "Der Bescheid und der Widerspruchsbescheid gehen aber zu Unrecht und zu Lasten des Klägers davon aus, dass die angemessenen Kosten der Unterkunft unter Berücksichtigung der Berechnungen der Stadt Wilhelmshaven zu ermitteln sind. Entgegen der Auffassung der Beklagten ist stattdessen auf die rechte Spalte der Tabelle nach § 8 des Wohngeldgesetzes abzustellen." (AZ: S 49 309/05)

Deutliche Worte an die Adresse der Stadt Wilhelmshaven finden sich auch in einem Urteil vom 14. September 2006. "Dabei ist regelmäßig die rechte Spalte der Wohngeldta-

belle nach § 8 WoGG zugrunde zu legen, sofern ein aussagekräftiger örtlicher Mietspiegel nicht vorhanden oder im Einzelfall eine andere Betrachtungsweise angezeigt ist. ... Einen qualifizierten Mietspiegel im Sinne der §§ 558c, 558d des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) gibt es für die Stadt Wilhelmshaven nicht. Andere gegenüber § 8 WoGG aussagekräftigere Unterlagen existieren ebenfalls nicht. Die von dem Beklagten vorgelegten Zahlen über die Ermittlung des Mietpreisniveaus in Wilhelmshaven sind insoweit nicht ausreichend." (AZ: S 49 AS 1100/05)

### Besser spät als nie

Man sieht an den Endziffern der Aktenzeichen, dass es sich hier um Fälle handelt, die schon lange anhängig sind. Das hat damit zu tun, dass die Sozialgerichte seit Hartz IV hoffnungslos überlastet sind. Man muss lange warten, bis auch nur ein Eilverfahren in Gang kommt. In zwei der drei Fälle, die jetzt endlich ein Hauptverfahren durchlaufen haben, ging es um Nachforderungen an das Job-Center in eigentlich geringer Höhe. 4785 € muss der eine Kläger für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 2005 nachgezahlt bekom-

men, eine Klägerin bekommt für den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 2005 eine Nachzahlung in Höhe von 66 € zugesprochen. Wenn diese Kläger mittlerweile umgezogen sind und jetzt mit den Unterkunftskosten auskommen, die das Job-Center ihnen zugesteht – darüber wissen wir nichts – dann ist es für das Job-Center mit diesen Nachzahlungen gut.

Im dritten Fall geht es um die Unterkunftskosten, die rückwirkend, gegenwärtig und künftig zu zahlen sind: "Der Beklagte wird verurteilt, Unterkunftskosten gemäß § 8 Wohngeldgesetz in Verbindung mit der Wohngeldtabelle zu gewähren."

angemessene KdU nach WoGG	Job-Center WHV gewährt
1 Person: 280 €	252 €
2 Personen: 345 €	310 €
3 Personen: 410 €	372 €

### Alles von vorn

Was ist nun mit Leuten, die schon seit über einem Jahr einen Teil ihres Regelsatzes für die Mietanteile aufwenden, die das Job-Center ihnen verweigert hat, und die nicht rechtzeitig widersprochen haben? Oder mit denen, die zwar einen Widerspruch eingelegt, sich aber dann mit dem Widerspruchsbescheid zufriedengegeben haben? Ist für diese Leute der Zug abgefahren?

Nein. Man kann jederzeit einen Bescheid überprüfen lassen. Das ist in § 44 SGB X geregelt. Wenn man z.B. einen Bescheid aus der ersten Hälfte des Jahres 2005, in dem das Job-Center einem eine geringere Miete als laut Wohngeldtabelle zu beanspruchen zugestanden hat, überprüfen lässt, wird man darüber einen Bescheid bekommen. Und dann fängt alles wieder von vorn an. □



Jonathan  Naturkost

## Das ist doch alles Käse:

Chevrondel, Saint Paulin, Comté, Crottin de Chavignol, Cantal,  
Fourme d'Ambert, Abondance, Morbier...  
Käsespezialitäten- nicht nur aus Frankreich, aber nur aus biologischem Anbau!  
Für Fortgeschrittene und Anfänger ein Genuß!  
Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

## Beratung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

**Jever:** Jugendhaus, Dr. Fritz-Blume-Weg 2, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

**Sande:** Jugendzentrum, Hauptstraße 78, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

**Varel:** DGB-Büro, HansasträÙe 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr

**Wilhelmshaven:** Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr

Ab Dezember müssen die Beratungszeiten in Wilhelmshaven wegen Geldmangels reduziert werden. Dann entfallen die Termine montags.

Sie werden wieder aufgenommen, sobald die Arbeitsloseninitiative wieder genügend Geld hat.

Dazu, dass das bald der Fall sein wird, kann jeder und jede beitragen: als Mitglied der Arbeitsloseninitiative nämlich. Der (Mindest-) Jahresbeitrag für Einzelpersonen beträgt 15,- €.

# Gut gemacht, OB!

## Hotelismus ist heilbar - vielleicht

(iz) Der Herr Menzel darf sich nicht in alles einmischen, was ihm nicht in den Kram passt – siehe unsere Nach-Wahl-Analyse ab S. 3. Aber es gibt Dinge, da muss er sich auf jeden Fall einmischen. Zum Beispiel, wenn jemand mit Planungen für ein Sahnegrundstück am Wasser daherkommt, angeblich gleich die passenden Investoren im Gepäck hat und wie selbstverständlich fordert, dass er den Zuschlag bekommt.

So wie Rüdiger Tober, dessen Büro ICP ein 100 Millionen Euro schweres Bauprojekt namens "Insulanus" (Wohn-, Gastronomie- und Freizeitanlagen) auf der Wiesbadenbrücke verwirklichen möchte. Sein nassforschender Auftritt weckte nicht nur in uns die Sorge, dass die Stadt sich schon wieder zu einem Schnellschuss hineinreißen lässt, gepaart mit hohen Erwartungen, die am Ende in Ärger und Enttäuschung münden. So dümpelt auch das Bauvorhaben "Columbia-Hotel" unweit der Wiesbadenbrücke müde vor sich hin. Das ehemalige Marinegelände am Großen Hafen birgt großes Potenzial und ist gleichzeitig so kostbar – da ist das Beste gerade gut genug, und um das Beste zu finden, müsste man hier doch einen Architektenwettbewerb durchführen, dachte die Verfasserin angesichts des, mit Verlaub, fantasielosen ICP-Konzeptes.

Und manchmal geschehen Zeichen und Wunder: "Menzel erteilt 'Insulanus' eine Absage", meldete die WZ am 17.10.2006. Die Entwicklung dieses Bereiches, so das Stadt-oberhaupt, "erfordere eine sorgfältige und realistische Planung, keinesfalls Beliebigkeit und Konzepte, die mit der gewachsenen Situation und herausragenden Bedeutung dieser wertvollen Fläche nicht vereinbar seien." Mein Reden!

Die Planungshoheit hat immer noch die Stadt, und die sollte sie zukünftig nicht mehr aus der Hand geben. So muss sie zunächst mal einen Bebauungsplan auf den Weg bringen. Und mit dem Bund als Flächeneigentümer ist bereits abgesprochen, dass für die Wiesbadenbrücke ein Investorenwettbewerb mit Architektenbindung durchgeführt wird.

Der bislang im Rathaus grassierende Hotelismus [1] scheint also abzuflauen. Welche der empfohlenen Therapieformen dabei zum Tragen kommt, lässt sich ohne nähere Untersuchung nicht beurteilen. Der Langzeiterfolg zeigt sich ohnehin erst nach Auswertung des Investorenwettbewerbs. Bei "Columbia" obsiegte eine denkbar gesichtslose Variante gegenüber dem organisch geschwungenen Entwurf eines hiesigen Architekten. Wird man sich diesmal für ein städtebauliches Highlight entscheiden? Und wenn gar kein solches vorgelegt wird, eine neue Runde starten, bessere Entwürfe fordern – oder einfach

die am wenigsten schlechte von mehreren mittelmäßigen Varianten wählen?

Zurück zu Herrn Tober. Der reagierte prompt auf Menzels Zurückweisung - mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde an den niedersächsischen Innenminister Schüne-mann. Tobers Vorwürfe: Die ICP habe bereits erheblich in das Projekt investiert, und seine Verhandlungen würden durch Menzels Intervention abgewürgt (WZ 18.10.2006). Wenn Tober ungefragt verhandelt und investiert, ist das aber sein Problem. Und seine Beschwerde wird keinen Erfolg haben. Denn erstens hat nicht der Innenminister die Dienstaufsicht über den OB inne, sondern der Rat der Stadt. Und zweitens hat Menzel – auch wenn die hiesige CDU das zwischenzeitlich etwas anders sah – hier das einzig Richtige zum Wohle der Stadt getan.

## Vorsicht, Rückfallgefahr!

Doch schon sind die Hotelismus-Geschädigten neuen Infektionsherden ausgesetzt: Gleich drei neue Projekte wurden am 10.10. im Bauausschuss präsentiert. Am See-deich in Höhe Jadenstraße will ein Investor ein fünfgeschossiges Wohngebäude mit Bootshalle bauen, nebenan ist ein Wohn-, Hotel- und Geschäftsgebäude projektiert, und für den Standort des bisherigen WFT-Domizils am Südstrand planen gleich zwei Bewerber Hotel- und Appartementanlagen. Hier wird sich zeigen, ob das Immunsystem der Gegend stark genug ist, um den Erregern *Pecunia vulgare* (dt.: Schnöder Mammon) und *Betonius pratensis* (dt.: Latenter Wiesenfraß) zu widerstehen. □

[1] **Hottellismus**, der; [frz. Hôtellerie] (Psych., Med., Päd.), *der durch vielfältige Faktoren ausgelöste Zwang, für imaginäre Gäste Beherbungspotentiale zu schaffen. Ähnliche Symptome zeigen sich in Bezug auf Wohn- und Freizeitanlagen. Betroffen sind in erster Linie Menschen mit ausgeprägten idealistisch-utopischen Visionen, oft mit wahnhafter Komponente. Der H. kann dazu führen, dass ganze Landstriche für das Beherbungsgewerbe nutzbar gemacht werden. Vereinzelt sind vom H. befallene Menschen beobachtet worden, die selbst vor der Zerstörung charakteristischer Bauten nicht Halt machten.* Der H. war bis vor wenigen Jahren in erster Linie ein Problem in Gegenden mit hoher Sonneneinstrahlung (europ. Mittelmeergebiet). Heute wird vom H. auch aus kühleren Regionen Europas berichtet. H. zu heilen bzw. die Symptome zu unterdrücken wird als sehr schwierig bezeichnet. Der Ausbruch des H. geht meist mit einer ansteckenden Euphorie einher, die in der Lage ist, für einen völligen Realitätsverlust der Euphorisierten zu sorgen. Als Sofortmaßnahme wird ein Realitätsrückgewinnungsprogramm empfohlen. Als besonders erfolgreich hat sich das gemeinsame Lesen des Gegenwind erwiesen.

# leserbrief

## Das versteh' einer! Die BASU hat persönliche Divergenzen mit der LAW

Das zu verstehen bedarf keiner Fantasie. Wie schon in den frühen Jahren der Grünen stehen hier Realos den Fundis gegenüber, und wie in vielen "guten" Familien lässt es sich mit den nächsten Verwandten "am schönsten" streiten. Acki, wie der Name schon sagt, ein Arbeitstier, erarbeitet sich selbst vieles akribisch, braucht dafür keine langen Diskussionen, bildet sich seine Meinung und tut etwas. Johann arbeitet genauso akribisch, braucht und will Diskussionen, um zu einer gemeinsamen Meinung zu kommen, und will gemeinsam mit anderen etwas tun. Oft haben sie gemeinsame Einsichten und Ziele, aber immer unterschiedliche Arbeitsweisen, und meist stoßen die persönlichen Divergenzen unversöhnlich aufeinander. Der eine will eher heute selbst etwas bewegen, der andere will eher gemeinsam mit anderen etwas bewegen, auch wenn es morgen erst los geht. Eigentlich der "alte Streit in der Linken und mit den nahen kritischen Bürgerlichen", aber eigentlich auch ein ideales Team in der heutigen Zeit. Aber das hat ja schon in der WALLI nicht geklappt. Wir in Friesland haben zum Glück solche persönliche Divergenzen noch nicht und werden wahrscheinlich mit "anderen" im Interesse der Bürger, der eigenen und der gemeinsamen Ziele, zusammenarbeiten. Doch wenn wir sie hätten, würde ich sagen:

**"Die Gegner sind andere",**  
und ich würde empfehlen:  
**"Nehmt euch selbst nicht so wichtig, akzeptiert die Andersartigkeit der Mitstreiter und ihrer Wege, aber kämpft soviel als möglich gemeinsam gegen den 'Wahnsinn' des herrschenden Neoliberalismus und für eine sozialere, ökologischere, friedlichere und demokratische Gegenwart und Zukunft!"**

**Dirk Metzner**  
Linksbündnis. Friesland  
WASG Friesland/ Wittmund



**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

# Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

Anzeige

# linke alternative wilhelmshaven – linke alternative wilhelmshaven

## Heuchelei

Die Bundeswehr hat ihr Saubermann-Image verloren. Fotos, auf denen deutsche Soldaten in Afghanistan bei Leichenschändungen zu sehen sind, erschüttern und entsetzen die Öffentlichkeit. Und der Verteidigungsminister Jung gibt sich tief betroffen. Wir nennen das Heuchelei. Krieg ist ein schmutziges Geschäft. Verrohung ist eine notwendige Folge.

Wie überall wird auch in der Bundeswehr erst dann etwas zugegeben, wenn es ohnehin bekannt geworden ist. Und seit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik sind immer wieder Vorfälle an die Öffentlichkeit gedrungen, die die Bundeswehrführung viel lieber verheimlicht hätte. Demütigungen von einzelnen Soldaten durch ihre Kameraden, seltsam anmutende Initiationsriten – eigentlich vergeht kein Monat, in dem man nicht in der einen oder anderen Zeitung von solchen Vorgängen lesen kann. Und das passiert schon in der vergleichsweise stressarmen Kasernensituation zu Hause. Wen wundert es tatsächlich, dass "unsere Jungs", die in Afghanistan täglich um ihr Leben fürchten, sowas machen?

Trotz "Innerer Führung" und "Bürger in Uniform": Soldaten sind Soldaten. In einer Nachrichtensendung wurde das Bild des deutschen Soldaten, der sich einen Totenschädel an den Penis hält, in Verbindung gesetzt zum Bild US-amerikanischer Soldaten, die lachend auf die Geschlechtsteile entkleideter irakischer Männer zeigen. Das Bindeglied beider Ereignisse ist der Sexismus. Sexualität hat eben nicht nur mit Lust, sondern auch mit Macht zu tun.

## Ausgegrenzt?

Die Jamaika-Gruppe will uns nicht ansprechen. Die SPD Sengwarden will mit unserem Vertreter im Ortsrat nicht sprechen. Was soll das?

Nur gut, dass wir nicht so blockiert sind. Wir werden mit ihnen reden, ja, wir werden ihnen sogar zustimmen, wenn sie etwas Richtiges vorschlagen!

## Neuer Vorstand

Am 9. Oktober hat die LAW-Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Bei uns gilt die Trennung von Amt und Mandat, und da Gerold Tholen uns jetzt im Rat der Stadt vertritt, war eine Neuwahl notwendig. Dem neuen Vorstand ge-

hören Wolfgang Albrecht (als Kasenwart), Karl-Josef Dellwo, Klaus Heckenbach, Anette Nowak, Bernd Ramien und Sieglinde Schechterle an.

## Neue www-Adresse

Die LAW-Homepage ist umgezogen. Bei der Gelegenheit hat sie eine neue Adresse bekommen. Sie finden uns jetzt unter [www.lawwhv.de](http://www.lawwhv.de)

## Öffentliche Mitgliedertreffen

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19.30 Uhr in der Gaststätte "Schwarzer Bär" (Bismarckstraße 179a). Unsere Zusammenkünfte sind öffentlich. Gäste und Interessierte sind stets willkommen.

Momentan bemühen wir uns um eigene Räumlichkeiten, um ein LAW-Büro einzurichten. Wenn es soweit ist, teilen wir das öffentlich mit.



linke alternative wilhelmshaven  
WählerInneninitiative für  
Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

## Schlicktown für Anfänger oder die Frage nach Schönheit

Seit der WM gibt es Patriotismusdebatten hierzulande, die mich in ihrer Fülle richtig stumpf machen.

Als ich neulich dennoch mit einem Freund darüber sprach, ob nun unsere deutsche Bierkultur oder doch eher unser multikulturelles Zusammenleben der einzige Grund sein könnte, stolz auf das Land zu sein, in das wir unfreiwillig hineingeboren wurden, konnten wir nicht umhin, uns damit auseinanderzusetzen, was für uns Schönheit bedeutet. Weil er irgendwann anfing, über die Schönheit eines gut gezapften Pilses zu reden.

Am Nachmittag! Bei Kaffee und Kuchen! Ja, man kann sich seine Freunde nicht aussuchen.

"Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein, denn wir haben das deutsche Reinheitsgebot und Vollkornbrot. Wir haben also Dinge, die uns im Urlaub nach spätestens drei Wochen Heimweh machen, ergo allen Grund, auf Vollkornbrot und Reinheitsgebot stolz zu sein!"

Doch war ich von dem Gedanken an das, was für mich Schönheit bedeutet, schon so

gefangen, dass ich kaum mehr unserer kulinariischen Patriotismusdebatte folgen konnte. Schönheit, Wilhelmshaven, Schönheit, Wilhelmshaven, Schönheit, Wilhelmshaven – schoss es durch meinen Kopf und ich bekam es nicht ganz zusammen. Was dachte ich, als ich in Wilhelmshaven ankam, über die Schönheit dieser Stadt? Ich dachte, Klasse, das ist die nördlichste Stadt mit Ruhrpottcharme, hier bleibe ich.

In Wilhelmshaven kann man an einer Hauptstraße nach vorne raus wohnen und trotzdem die Nacht gut durchschlafen, weil ab zehn sowieso Funkstille herrscht. Schönheit?

Immer wenn ich ans Meer will, ist das Wasser weg, das ist doch nicht Schönheit.

Innerlich empörte ich mich bis zum Anschlag meiner Geduld über die Frage der Wilhelmshavener Schönheit und hörte gerade von meinem intellektuellen Freund, wie es zur Farbgebung der Deutschlandflagge kam, welche 1813 ihren demokratischen Ursprung fand, stellte fest, dass meine Lieblingsfarbe Blau nicht einmal darin vorkommt und verstand auf der Stelle noch weniger, wie man sich so ein hässliches Ding, das nicht mal meine Lieblingsfarbe hat, aufhängen kann, geschweige denn auf die Wange malen.

Dadurch innerlich zum Kochen gebracht, beschloss ich, der Diskussion endgültig ein Ende zu setzen, und erklärte feierlich, dass ich ja verdammt noch mal schon stolz auf unser Vollkornbrot sei, er mir (einem Weintrinker) mit seiner Bierkultur vom Leib bleiben solle und dass wir früher mal fast erschossen worden sind, wenn wir keine Flagge gehisst haben und ich deshalb auch heute noch nichts davon halte. Das Hissen von Flaggen sei doch bitte Schweizern und dem Roten Kreuz vorbehalten, das hebe sich auch ganz hübsch gegeneinander auf. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, sagte ich ihm noch, dass ich Europäer sei und mich als solcher fragen würde, was eigentlich an Wilhelmshaven das Schönste für ihn (einen Biertrinker) sei.

Überwältigt und überfahren von meiner blitzgescheiterten Argumentation, antwortete er wie aus der Pistole geschossen: "Die Melumstraße."

Es reichte mir.

Ich setzte mich sofort ans Telefon und gab eine Umfrage in Auftrag. Das war vor fünf Minuten. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten.

Sultan Hasselbäck

WILHELMSHAVENS BÜRGER FÜR BÜRGER INFORMATIONEN PORTAL 24 STUNDEN RUND UM  
DIE UHR INFORMIERT, über FÄKALIEN-EINLEITUNGS-ANSÄTZE oder die neuesten Entwicklungen zur  
"GOLDENEN WASSERHAHNÜBERGABE" für jeden Bürger zum Neujahrsempfang 2007! Das geht Sie an!  
BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR! WWW.BASU-WHV.DE

BASU  
FREIE LISTE FÜR  
WILHELMSHAVEN  
BILDUNG ARBEIT  
SOZIALES UMWELT  
GRUPPE 136-300  
WWW.BASU-WHV.DE